

Universitätsstadt Tübingen
Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz
Bernd Schott, Telefon: 07071-204-2390
Gesch. Z.: 003/4.06-03-03/

Vorlage 387/2013
Datum 20.09.2013

Berichtsvorlage

zur Kenntnis im **Alle Ortsbeiräte**
zur Kenntnis im **Alle Ortschaftsräte**
zur Behandlung im **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt**

Betreff: **Zweite Fortschreibung des Luftreinhalteplanes
Tübingen**
Bezug: 503a/2013, 339/2011, 434/2010
Anlagen: 0

Zusammenfassung:

Das Regierungspräsidium Tübingen plant zur Verbesserung der Luftqualität in Tübingen die Umweltzone auf die gesamte Gemarkung (inkl. aller Teilorte und der Bundesstraßen) auszudehnen. Zudem soll die rechtliche Grundlage für die Umsetzung der Geschwindigkeitserhöhung von 30 auf 40 km/h auf dem sog. Innenstadtring geschaffen werden (vergl. 503a/2013).

Ziel:

Information über geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Luftreinhaltung im Rahmen der vorgeschriebenen Luftreinhalteplanung und zur Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Entwurf der 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes Tübingen.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Auch nach der ersten Fortschreibung des Luftreinhalteplanes von 2012 werden die von der Europäischen Union über die Luftqualitätsrahmenrichtlinie 96/62/EG und ihrer Tochter- und Folgerichtlinien geforderten Grenzwerte für die Luftqualität in Tübingen nicht sämtlich eingehalten. Deshalb muss das Regierungspräsidium Tübingen, als zuständige Behörde für die Luftreinhaltung, den Luftreinhalteplan für den Regierungsbezirk Tübingen erneut fortschreiben.

2. Sachstand

Einen Luftreinhalteplan für die Stadt Tübingen gibt es bereits seit dem Jahr 2005. Die erste Fortschreibung erfolgte im März 2012. Die Maßnahmen aus den bisherigen Plänen sind weitgehend umgesetzt und zeigen Wirkung, so dass sich die Luftqualität in Tübingen merklich verbessert hat.

Da jedoch noch nicht alle Grenzwerte eingehalten werden, wird der Luftreinhalteplan 2013 ein zweites Mal fortgeschrieben. Besonders die Belastung der Luft mit Stickstoffdioxid (NO₂) ist hoch. Die Messungen des Jahres 2012 an den Messstellen in der Tübinger Mühlstraße (62 µg/m³) und in Unterjesingen/Jesinger Hauptstraße (55 µg/m³) zeigen, dass der NO₂-Grenzwert für das Jahresmittel (40 µg/m³) nicht eingehalten wird. Zudem wurde der bereits 2011 vom Land Baden-Württemberg resp. Regierungspräsidium Tübingen gestellte Antrag an die EU für eine Ausnahmeregelung für NO₂-Überschreitungen Anfang 2013 mit der Begründung abgelehnt, dass ein Einhalten des Grenzwertes bis 2015 auf Basis der bisher erfolgten Maßnahmen nicht zu erkennen sei.

In Bezug auf die Feinstaubbelastung hatte sich die Luftqualität in 2012 gegenüber den Vorjahren verbessert. Der Grenzwert für das Tagesmittel wurde an allen verkehrsnahen Messstationen eingehalten. Dieser positive Trend setzt sich 2013 allerdings nicht fort: In diesem Jahr (Stand August 2013) sind in der Tübinger Mühlstraße bereits 37 Überschreitungstage gezählt worden. Dies sind zwei Tage mehr als zulässig. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass im Herbst und Winter noch weitere Überschreitungstage dazukommen.

Somit müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden, um die Luftqualität zu verbessern. Dies geschieht mittels einer Fortschreibung des Luftreinhalteplanes für Tübingen. Die Hauptquelle für Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastungen ist der Straßenverkehr. Daher sollen bei der anstehenden Fortschreibung Maßnahmen umgesetzt werden, welche Verkehrsemissionen weiter reduzieren.

Im Einzelnen werden vom Regierungspräsidium Tübingen die folgenden drei Maßnahmen, die weitgehend schon in der ersten Fortschreibung als Arbeitsaufträge enthalten waren, vorgeschlagen:

MO1: "Erweiterung der Umweltzone auf das Gemeindegebiet Tübingen mit allen Teilorten – Gemarkung Tübingen"

Die wesentlichste Maßnahme des Plans ist die Erweiterung der Umweltzone auf das gesamte Stadtgebiet Tübingens mit allen Teilorten unter Einbeziehung der Bundesstraßen (siehe un-

ten MO1). Somit können künftig nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette innerhalb der Gemarkung Tübingen fahren.

MO2: „Einbeziehen der Bundesstrassen in die erweiterte Umweltzone“

Das vorliegende Wirkungsgutachten belegt, dass sich durch die Maßnahmen MO1 und MO2 die Immissionen in Tübingen um bis zu 9,4 % (NO₂) an der Stuttgarter Straße bzw. bis zu 4,3 % (PM10) an der Reutlinger Straße verringern lassen.

Im Zulassungsbezirk Tübingen sind laut Gutachter 12% der zugelassenen Pkw, 38 % der zugelassenen leichten Nutzfahrzeuge und 35 % der zugelassen schweren Nutzfahrzeugen (ohne Busse) durch die Umweltzone betroffen, weil sie keine grüne Plakate haben.

MO3: „Tempo 40 anstelle von Tempo 30 auf bestimmten Strassen in der Innenstadt von Tübingen“

Die Maßnahme MO3 betrifft die zulässige Geschwindigkeit auf bestimmten Straßen des Innenstadtrings der Stadt Tübingen. Das vorliegende Wirkungsgutachten belegt, dass die Änderung der heute geltenden Geschwindigkeit von Tempo 30 auf Tempo 40 zu keiner Verschlechterung der Luftqualität führt. Deshalb enthält die Fortschreibung des Luftreinhalteplanes die Maßnahme, die Geschwindigkeit auf dem Innenstadtring auf 40 Stundenkilometer festzusetzen. Die Umsetzung der Maßnahme resp. die Umsetzung des GR-Beschlusses 503a/2013 kann erst nach dem Inkrafttreten des Luftreinhalteplanes erfolgen. Dies wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2014 der Fall sein.

Die Maßnahme MO4: „Geschwindigkeitsbeschränkung auf der B 27 im Stadtbereich“ soll aus Sicht des Regierungspräsidiums Tübingen nicht umgesetzt werden. Diese Maßnahme wurde im Auftrag des Verkehrsministerium betrachtet (Arbeitsauftrag aus der ersten Fortschreibung). Jedoch zeigte sich, dass an den betroffenen Straßenabschnitten die EU-Grenzwerte - im Falle einer Aufnahme der Bundesstraße in die Umweltzone - bei der derzeit festgesetzten Geschwindigkeit von 70 km/h eingehalten werden.

Am 30. September 2013 startet das Regierungspräsidium Tübingen mit der Öffentlichkeitsbeteiligung für die 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes für den Teilplan Stadt Tübingen. Der Planentwurf liegt bis zum 29. Oktober 2013 zu den üblichen Dienstzeiten im Regierungspräsidium Tübingen, im Technischen Rathaus der Stadt Tübingen sowie in den Verwaltungsstellen der Ortsteile öffentlich aus. Darüber hinaus wurden das Universitätsklinikum und die Betriebe der Industrie- und Gewerbebetriebe (über die IHK Reutlingen) vom Regierungspräsidium direkt zur Stellungnahme aufgefordert. Der Entwurf und die Gutachten sind zudem auch online abrufbar: <http://www.rp.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1193472/index.html>

Bis einschließlich 12.11.2013 können Einwendungen und Anregungen in schriftlicher Form an das Regierungspräsidium Tübingen, Referat 54.1, Konrad-Adenauer-Str. 20, 72072 Tübingen gerichtet werden. Diese Möglichkeit steht auch den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten offen.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung beabsichtigt – vorbehaltlich der Diskussion im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt - eine Stellungnahme zum Entwurf abgeben, in dem sie die o. g. Maßnahmen zur Luftreinhaltung prinzipiell unterstützt. Jedoch wird vom Regierungspräsidium eine Darstellung eingefordert, wie die Universitätskliniken auch in der

Umweltzone für alle Patienten erreichbar bleiben. Zudem wird ein Prüfauftrag angeregt, mit dem geklärt werden soll, welchen Beitrag Krafträder mit Verbrennungsmotor zur Luftreinhaltung leisten können und wie dieser Beitrag zukünftig erbracht werden kann.

Generell sieht die Verwaltung in der Luftreinhaltung ein Aufgabenfeld, dass noch über lange Zeiten bearbeitet werden muss. Jedoch sieht die Verwaltung lokale Maßnahmen als weitgehend ausgeschöpft an. Die Verwaltung wird weiterhin in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium und dem Verkehrsministerium BW nach Wegen suchen, wie die Luftqualität in Tübingen verbessert werden kann.

4. Lösungsvarianten

4. 1. Die Stadtverwaltung nimmt nicht Stellung zum Entwurf.

4.2. Die Stadtverwaltung schlägt andere Maßnahmen zur Luftreinhaltung vor.

5. Finanzielle Auswirkungen

Im Falle der Festsetzung der o. g. Maßnahmen entstehen der Stadt Kosten für die Änderung der Beschilderung (M1 – M3) und die Änderung der Programmierung der Lichtsignalanlagen (M3). Die Kosten werden über die Budgets der Fachämter getragen.

6. Anlagen

-